

# Schwimmhalle entsteht im Leipziger Osten

Otto-Runki-Platz ist als Standort bestätigt – doch können die Sportbäder das Projekt bis 2022 schultern?

VON MATHIAS ORBECK

Mit Plakaten stellten sich Nachwuchssportler aus Vereinen und aus den Schwimmstützpunkten gestern vor dem Stadtrat auf: „Mehr Wasserflächen für den Leipziger Schwimmsport“ war da zu lesen. Später sollte die Entscheidung über eine neue Schwimmhalle fallen, die die Sportbäder im Auftrag der Stadt auf dem Otto-Runki-Platz bauen wollen. „Wir brauchen schnell eine neue Halle, ein Mehrzweckbau macht alles komplizierter“, so Günter Fuchs, Geschäftsführer beim Schwimmsportverband. Eine Kombination der Halle mit einem Altenheim oder einem Kindergarten bedeute viele Risiken, die den Bau jahrelang verzögern oder gar verhindern können. Völlig unklar sei, ob der Freistaat das Projekt finanziell fördert.

Der Beschluss über den Standort war im Oktober 2016 gescheitert, weil Stadträte, hauptsächlich die Grünen, darauf gedrängt hatten, einen Mehrgeschosser mit verschiedenen Funktionen zu errichten. Ihr Argument: Innerstädtische Bauareale werden immer knapper. Hinter den Kulissen wurde eifrig nach einer Lösung gesucht. Der Schwimmverband hatte im Dezember vorgeschlagen, ergebnisoffen zu prüfen, ob eine neue Halle als Nachbarbau zur vorhandenen Halle Kolmstraße errichtet werden kann. Das könnte Konflikte zwischen öffentlichem Schwimmen und Vereinstrai-

ning lösen helfen, hieß es. Doch Stadträte lehnten dies ab. „Das wäre nur eine Notvariante. Wir wollen kurze Wege in der ganzen Stadt“, so Michael Schmidt (Grüne).

Sportbürgermeister Heiko Rosenthal (Linke) hält am Otto-Runki-Platz fest, strebt eine „Mehrzweck-Nutzungsmischung durch mehrgeschossiges Bauen“ an. Andere Varianten im Osten, kritisierte Jens Lehmann (CDU), wurden nicht geprüft. AfD-Stadtrat Tobias Keller lehnte den „ideologischen Prachtbau“ ab, der auf Wünsche der Grünen zugeschnitten worden sei. SPD, Linke und Grüne sprachen

sich aber gemeinsam für den Otto-Runki-Platz aus. „Das Projekt könnte Vorbildcharakter für künftige Bauvorhaben haben – im Sinne eines flächensparenden Bauens“, so Tim Elschner (Grüne). Adam Bednarsky (Linke) plädierte dafür, zeitnah den Bau einer weiteren Halle im Süden anzuschließen: „Wir haben das ehrgeizige Ziel, bis 2024 zwei Hallen zu eröffnen.“ Das Vorhaben im Osten wurde letztlich mit 41 Ja gegen 23-Nein-Stimmen beschlossen.

Die Halle neben der Rabet-Grundschule wird frühestens 2022 fertig. Geplant: ein Wettkampfbecken mit sechs 25-Meter-

Bahnen, Lehr- sowie Kinderbecken, vielleicht Tribüne und Sauna. Baubeginn: 2020, vorher gibt es einen Architekturwettbewerb, damit sich alles gut ins Viertel einfügt. Bei dem Mehrzweckbau soll es energieeffizient und ökologisch zugehen. Andere Nutzungsmöglichkeiten werden geprüft. Offen bleibt die Finanzierung. „Die Sportbäder schaffen das allein nicht“, so Roland Schröter, Wasserballer beim HSG TH Leipzig. Dem Verein wurden Hallenzeiten gestrichen, weil jene in der Kirschbergstraße modernisiert wird. „Wir brauchen schnell mehr Wasserflächen.“



**Junge Wassersportler demonstrieren für eine neue Schwimmhalle.** Foto: A. Kempner

## Aus dem Stadtrat

- Die Fläche zwischen Universitätsstraße und Augustusplatz heißt künftig Kurt-Masur-Platz – das hat der Stadtrat einstimmig so beschlossen.
- Einen separaten Handwerker-Pool für Schulen und Kitas wird es nicht geben. Der Stadtrat lehnte einen SPD-Vorschlag ab. Es gebe bereits Rahmenverträge mit Firmen, die notfalls einspringen.
- Die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen soll von 20 auf 15 Prozent sinken. Für die Grünen-Initiative sprach sich der Rat mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD aus. OBM Burkhard Jung (SPD) muss bei der Staatsre-

- gierung jetzt noch auf eine Änderung der Rechtsverordnung hinwirken.
- Mindestens ein Spielplatz in jedem der zehn Stadtbezirke bekommt barrierefreie Geräte. Die Linken haben dies durchgesetzt. Zusätzliches Geld gibt es aber nicht.
- Der Rat gab grünes Licht, Planungen für Ausbau und Erweiterungen an 24 Schulstandorten zu starten (Kosten: rund 7,2 Millionen Euro). So will die Verwaltung Vorlauf schaffen, um ab 2019 neue Bauvorhaben an Schulen zu beginnen.
- Der Rat erfüllt einen Wunsch des Jugendparlaments: An Ampeln werden Rad-Haltestangen montiert. M.O./mro